

Wenning, Norbert

Migration in Deutschland

Lernen in Deutschland 14 (1994) 2, S. 106-114



Quellenangabe/ Reference:

Wenning, Norbert: Migration in Deutschland - In: Lernen in Deutschland 14 (1994) 2, S. 106-114 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-16163 - DOI: 10.25656/01:1616

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-16163>

<https://doi.org/10.25656/01:1616>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

NORBERT WENNING . HAGEN

Migration in Deutschland

Lernen in Deutschland bedeutet auch, mit den Folgen von Migration zu leben. Haben Wissenschaftler schon vor über einem Jahrzehnt versucht, deutlich zu machen, daß die Bundesrepublik Deutschland seit längerer Zeit mit Zuwanderung lebt (z. B. Heckmann, 1981; Bade, 1983), so wird die derzeitige Migrationssituation von den Medien sowie von den Vertretern (fast) aller politischen Parteien mit emotional stark negativ besetzten Bildern charakterisiert: „Asylantenflut“, „das Boot ist voll“, „unkontrollierter Zustrom von Ausländern“, „Flüchtlingswelle“, um nur die auffälligsten Beispiele zu nennen. Natürlich möchte niemand mit einem Boot kentern, von einer Welle fortgespült werden oder in einer Flut ertrinken. Werden solche Bilder zur Charakterisierung sozialer Situationen gebraucht, ist Vorsicht geboten:

Stehen wir wirklich vor einer neuartigen Naturkatastrophe, der wir nahezu hilflos ausgeliefert sind, und die uns zu vernichten droht, wenn wir nicht zusammenhalten und unter Aufbietung aller Kräfte sowie aller rechtsstaatlichen Mittel dagegen vorgehen oder soll von anderen Problemen abgelenkt werden?

Dieser Beitrag will skizzenhaft die Entwicklung der Migration in den letzten zwei Jahrhunderten in der Region aufzeigen, die heute zur Bundesrepublik Deutschland zählt. Dabei möchte ich folgendes verdeutlichen:

1. Zuwanderung ist keine neue Erscheinung – es hat sie zu fast allen Zeiten gegeben (und es wird sie auch weiterhin geben).
2. Die aktuellen Zuwanderungszahlen erscheinen sehr hoch – in der Vergangenheit gab es schon wesentlich stärkere Zuwanderungen.
3. Wer nur auf die Zuwanderungszahlen schaut, erhält ein falsches Bild – jede Zuwanderung ist von Abwanderungen begleitet.
4. Die Entwicklung der Wanderungsverflechtung ist kein spezifisch (bundes-)deutsches Problem – alle Industriestaaten mit vergleichbarem Entwicklungsstand zeigen ähnliche Erscheinungen.
5. Politische Einflußmöglichkeiten auf die Wanderungszahlen sind geringer als Politiker glauben machen wollen – die Entwicklung der Migration ist von anderen Faktoren abhängig.

Migration ist damit eine der grundlegenden Voraussetzungen für Erziehungsprozesse in modernen Gesellschaften. Unter Migration wird hier jede Wohnsitzverlegung über eine größere Distanz verstanden. Dabei können –müssen aber nicht –

Grenzen überschritten werden. Für jüngere Kinder hat z. B. ein Umzug in einen anderen Stadtteil fast die gleiche Bedeutung wie ein Umzug in eine weit entfernte Stadt. Die jeweilige Staatsangehörigkeit der Migrantinnen und Migranten ist für diese Erscheinung unerheblich: Die auftretenden Schwierigkeiten gleichen sich.

Diese Darstellung setzt sich kritisch mit den genannten Vorurteilen auseinander und will die aktuellen Erscheinungen in ihren historischen Entwicklungszusammenhang stellen. Belege und eine breitere Darstellung des Themas finden sich in *Hansen, Wenning* (1991).

Entwicklung und Bedeutung von Migration

Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeichneten sich Entwicklungen und Konturen eines Bildes ab, die im großen und ganzen seit dieser Zeit gelten. Zu berücksichtigen ist, daß für die Zeit ab 1800 nur wenige verlässliche Zahlenangaben über Migration vorhanden sind – ein Meldewesen im heutigen Sinne existierte noch nicht; zudem betrachteten die Länder auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches sich vor 150 Jahren gegenseitig als Ausland.

Aus verschiedenen Gründen gab es zu dieser Zeit schon eine sehr differenzierte Binnenwanderung, wobei ländliche Räume – von Ausnahmen abgesehen – eher Abwanderungsgebiete und wirtschaftlich prosperierende Räume Zielgebiete waren. Über die Wanderungsverflechtung in dieser Zeit kann nichts gesagt werden, dazu fehlen Angaben. Konnte eine Binnenwanderung die ausschlaggebenden Bedürfnisse für die Migration nicht befriedigen, wurde daraus eine Auswanderung. Die Gründung des ersten Auswanderungsvereins erfolgte 1833 in Gießen; in südwestdeutschen Staaten schoben Gemeinden Arme auf Gemeindegeld ab und verboten ihnen die Rückkehr – um so die öffentliche Armenfürsorge zu entlasten. Parallel entwickelte sich eine Akzeptanz und sogar Förderung von Einwanderung. Die Bedeutung der Außenwanderung insgesamt kann aber schlecht eingeschätzt werden, es gibt keine zuverlässigen Informationen etwa über Rückwanderungen. Eine Auswanderung bedeutete, auch wenn es heute immer so dargestellt wird, keineswegs in jedem Fall, daß die Personen ihr Leben lang in der „Neuen Welt“ blieben; Gescheiterte wie Erfolgreiche kamen durchaus zurück. Vergleiche mit den Entwicklungen in anderen europäischen Ländern sind nur begrenzt möglich, die Datenlage ist dort nicht viel besser.

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts gilt als die Zeit der deutschen Massenauswanderung. Vermutlich haben, bei einer geringeren Bevölkerungszahl als heute, etwa fünf Millionen Menschen die deutschen Länder, bzw. später das Deutsche Reich, verlassen. Diese Entwicklung wurde von politischer Seite weitgehend geduldet – teilweise sogar unterstützt –, weil sie eine einfache Lösung für die relative Überbevölkerung zu sein schien. Als 1898 endlich gesetzliche Regelungen für die Auswanderung beschlossen wurden, war die Massenauswanderung praktisch

schon beendet. Gleichzeitig, wenn auch mit dem Schwergewicht nach der Hauptauswanderungszeit, entwickelte sich eine Einwanderung. Sie wurde wesentlich schneller – insbesondere aus nationalistischen Motiven – durch Gesetze und organisatorische Maßnahmen reglementiert – jedenfalls wurde es versucht. Da aber der Staatsapparat für eine konsequente Durchsetzung regulativer Maßnahmen gar nicht weit genug entwickelt war und die wirtschaftlichen Interessen sich langfristig immer durchsetzten, kann man von einer fast „naturwüchsigen“ Entwicklung der Einwanderung sprechen. Einen traurigen Höhepunkt erreichte die Zuwanderung im Ersten Weltkrieg, als durch den Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen sowie mit den Saisonarbeitskräften, die nach Kriegsbeginn nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren durften, etwa zwei Millionen ausländische Arbeitskräfte in Deutschland beschäftigt waren.

Übertroffen wurden Aus- und Einwanderung in Ausmaß und Auswirkungen aber durch die Binnenwanderung: Sie war quantitativ um ein Mehrfaches größer und für das heutige Gesicht der Bundesrepublik Deutschland wichtiger; sie führte dazu, daß die Grundstruktur der heutigen Bevölkerungsverteilung mit ihren Ballungszentren und ländlichen Regionen schon am Ende des 19. Jahrhunderts vorhanden war. Zwischen 1860 und 1914 sind etwa 15 bis 16 Millionen Personen über die Grenzen ihrer Provinz bzw. ihres Landes gewandert: die Zahl der Wanderungen innerhalb der Grenzen soll noch dreimal so groß gewesen sein. 1907 lebte fast jede zweite Person (48%) außerhalb der Gemeinde, in der sie geboren wurde.

Diese Entwicklungen waren aber kein spezifisch deutsches Phänomen, sondern fanden – teilweise in noch ausgeprägterer Form – auch in den anderen europäischen Ländern statt. Von einzelnen Sonderentwicklungen abgesehen waren Aus-, Ein- und Binnenwanderung dann zu verzeichnen, wenn bestimmte sozialökonomische Grundsituationen vorlagen. Als Hauptmotoren sind zu nennen:

- Entwicklungen der Gesellschaftsordnungen, etwa „Bauernbefreiung“ und Gewerbefreiheit,
- Veränderungen von Geburten- und Sterberaten mit der Folge raschen Bevölkerungswachstums und Verstädterung,
- technologische Entwicklungen und Industrialisierungsprozesse in verschiedenen Regionen und Ländern.

Diese Prozesse liefen aber nicht unabhängig voneinander ab, vielmehr bedingten sie sich gegenseitig: Die explosionsartige Entwicklung der Kohle- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet wäre z. B. ohne die gleichzeitige Verstädterung dieser Region unmöglich gewesen.

Die Zeit vom Ersten Weltkrieg bis 1950 wird im Zusammenhang mit Migration im Regelfall schnell abgetan, weil in der Zwischenkriegszeit die wirtschaftliche Entwicklung (z. B. die Weltwirtschaftskrise) das Wanderungsgeschehen gehemmt hat und nachfolgend hauptsächlich Zwangswanderungen erfolgten, die nicht weiter berücksichtigt werden. Eine solche Betrachtung dieses Zeitraumes greift zu kurz,

in dieser Zeit haben wichtige Entwicklungen stattgefunden, die noch heute zu spüren sind. Dazu gehört etwa die rechtliche Stellung der Auswanderung: Sie war in der Weimarer Verfassung sogar ausdrücklich gesichert. Durch Beratungsstellen wurde sie auch von staatlicher Seite begleitet – quantitativ hat sie aber an Bedeutung verloren. Das unbeschränkte Recht zur Auswanderung und die Auswanderungsberatungsstellen existieren noch heute.

Die Einwanderung ist in dieser Zeit durch die Entwicklung der (halb-)staatlichen Erfassungs- und vor allem der Kontrollinstrumente jetzt – im Vergleich zum 19. Jahrhundert – wesentlich stärker in den Zugriff der staatlichen Institutionen geraten, die sich in wachsendem Maße auch in anderen Bereichen durchsetzten. Die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften wurde so zur Dispositionsmasse staatlicher Wirtschafts- und damit Gesellschaftspolitik – eine Idee, die die Ausländergesetzgebung sowie die Beschäftigungspolitik gegenüber ausländischen Arbeitskräften bis heute bestimmt. Der Einsatz der vorhandenen Instrumente ermöglichte eine tendenzielle Steuerung der Ausländerbeschäftigung im Interesse anderer Ziele. Im Zusammenhang mit militaristischem Denken boten die Steuerungsinstrumente schließlich die menschenverachtenden Möglichkeiten, Arbeitskräfte ausschließlich als nutzbaren „Rohstoff“ zu begreifen, den man nur erst gewinnen muß – nötigenfalls durch Krieg.

Die Auswanderung aus Deutschland zwischen 1919 und 1950 ist nur begrenzt mit der „klassischen“^a Auswanderung der vorhergehenden Periode vergleichbar. Die verschiedensten Gründe, etwa Grenzverschiebungen (bzw. Abstimmungsergebnisse in Grenzgebieten), vorherige Verschleppung bzw. Gefangennahme, haben neben sonstigen Anlässen (z. B. Gründung der Republik Polen, Flucht von Menschen jüdischen Glaubens, sogenannte Displaced Persons) insbesondere nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg viele Millionen Menschen dazu veranlaßt, dieses Land zu verlassen.

Für die Einwanderung gilt entsprechendes – praktisch jeder Auswanderungsbewegungsstand eine Einwanderung gegenüber. In den Jahren um 1930 war Deutschland z. B. durch die starke Rückwanderung aus Amerika per Saldo ein Einwanderungsland. Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte erlebte in den 1920er bis zur Mitte der 1930er Jahre einen Einbruch, nahm aber im Zusammenhang mit der Aufrüstung und später dem Krieg einen Umfang an, wie er zuvor nicht erreicht wurde. Der Übergang von der Ausländerbeschäftigung zur Zwangsarbeit erfolgte – unter Berücksichtigung der Erfahrungen im Ersten Weltkrieg – planmäßig und nahtlos. Zwischen 1939 und 1945 wurden nach Schätzungen insgesamt etwa 14 Millionen Menschen nach Deutschland verschleppt – keineswegs nur Kriegsgefangene: 10 Millionen waren zivile Arbeitskräfte. Vom Umfang her vergleichbar ist nach 1945 nur die Zuwanderung von Soldaten (bis 1950 sind über vier Millionen Kriegsgefangene zurückgekehrt), Rückwanderern, Umsiedlern und Vertriebenen (bis 1950 fast elf Millionen Vertriebene aus östlichen Regionen und etwa eine halbe Million

Westvertriebene in die Regionen der BRD, der DDR und zu einem geringen Teil auch nach Österreich). Die Binnenwanderung ist in diesem Zeitraum, im Vergleich zum vorherigen, vermutlich etwas zurückgegangen.

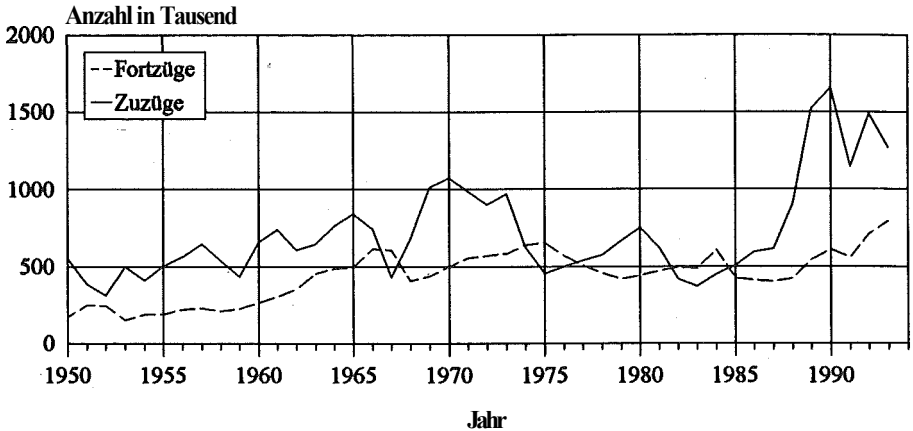
Die Entwicklungen in den anderen europäischen Ländern sind, von den kriegsbedingten Wanderungen abgesehen, ähnlich verlaufen wie in Deutschland. Allerdings gab es weder in den verschiedenen Ländern Europas noch in Deutschland nur eine einzige, das ganze Land umfassende Entwicklungsrichtung, vielmehr müßte man ähnlich strukturierte Regionen miteinander vergleichen. In Deutschland existierten, trotz Zuwanderung, Gebiete mit andauernder Abwanderung und kaum Zuwanderung, ebenso z. B. in Frankreich und Großbritannien.

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gilt in Deutschland als die Zeit der Zuwanderung. Die Zahl der Menschen, die ins Land gekommen sind, war – von Kriegszeiten abgesehen – noch nie so hoch (Gesamtzahl der Zuzüge über die Grenzen: 1961 bis 1970 7,5 Millionen, 1971 bis 1980 7,0 Millionen, 1981 bis 1990 7,7 Millionen; siehe Graphik S. 111). Als Einwanderungsland gilt Deutschland deshalb – zumindest in politischer Sichtweise – aber immer noch nicht. Und das, obwohl die Zuwanderung auch von politischer Seite nicht nur weitgehend geduldet, sondern, von wenigen Jahren abgesehen, sogar gefördert wurde.

Gleichzeitig war Deutschland in dieser Zeit immer auch ein Auswanderungsland – das wird in der gegenwärtigen Diskussion um Zuwanderung gerne übersehen. Noch nie zuvor – wieder von Kriegszeiten abgesehen – war die Zahl der Menschen, die das Land verlassen haben, so hoch (Gesamtzahl der Fortzüge über die Grenzen: 1961 bis 1970 4,7 Millionen, 1971 bis 1980 5,4 Millionen, 1981 bis 1990 4,9 Millionen; siehe Graphik S. 111). Läßt man die Wanderungsbeziehungen zur DDR außer acht, war die Bundesrepublik insgesamt sogar 13 von 40 Jahren ein Auswanderungsland, weil mehr Menschen fort- als zuzogen.

Für die Außenwanderungen zeigen sich einige langfristige Entwicklungen in diesem Zeitraum: Bei allgemeiner Zunahme von Aus- und Einwanderungen ist der Anteil deutscher Personen rückläufig; ebenso nimmt der Anteil ab, den die „Gastarbeiter“ aus den sogenannten klassischen Anwerbeländern ausmachen; in den letzten Jahrzehnten war eine stete Ausweitung des Einzugsbereiches der Außenwanderungen festzustellen. In der ersten Zeit bildeten die Vertriebenen und Übersiedler einen Schwerpunkt. Ihnen folgten die „Gastarbeiter“ aus Italien, später Jugoslawien und dann der Türkei. Zuletzt waren die außereuropäischen Länder in steigendem Maße das Ursprungs- und Zielgebiet von Migrationen. Die erneute Öffnung zu östlichen Ländern ab 1988/89 und ihre zunehmende Bedeutung für die Außenwanderung widersprechen dem nicht. Vielmehr wird hier ein Prozeß nachgeholt, der in der ersten Nachkriegszeit unterdrückt wurde. Derzeit ist das sozioökonomische Gefälle zwischen den west- und osteuropäischen Staaten größer als das zwischen den west- und südeuropäischen. Darin liegt ein Grund für die neuen Wanderungsbewegungen. Allerdings wird es nicht zu einem Ersatz der Süd-Nord-

wanderung durch die erneute Ost-Westwanderung kommen: Beide Bewegungen werden sich überlagern. Zudem werden die osteuropäischen Länder langfristig selber das Ziel von Wanderungen aus noch weniger entwickelten Ländern, genauso wie sich diese Veränderung schon heute für die südeuropäischen Staaten zeigt.



Quellen: Statistische Jahrbücher
C Norbert Wenning 1994

Vom Umfang her bedeutender als Aus- und Einwanderung war auch in diesem Zeitabschnitt die Binnenwanderung: Mit leicht fallender Tendenz verlegten in den letzten vier Jahrzehnten jeweils zwischen 35 Millionen (1960er Jahre) und 27 Millionen Personen (1980er Jahre) ihren Wohnsitz in eine andere Gemeinde; gut ein Drittel davon wanderte sogar in ein anderes Bundesland. Die Zielrichtungen der Wanderungen haben sich gegenüber den Vorjahrzehnten nicht grundlegend verändert. Die Mauer hat 28 Jahre im Einzelfall und regional große Auswirkungen gehabt, die allgemeine Tendenz seit der Zwischenkriegszeit, daß die Binnenwanderung rückläufig ist, hat sich fortgesetzt. Für diesen Betrachtungszeitraum kann der Rückgang erstmals durch einigermaßen umfassendes statistisches Material belegt werden: Seit 1950 besteht ein Meldewesen, das bis heute die Grundlage aller Wanderungsstatistiken ist.

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern zeigt sich: Die Migrationsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist kein Sonderfall. Unterschiede – z. B. durch Zuwanderungen aus politisch selbständig gewordenen Kolonien (etwa

Großbritannien, Niederlande) oder abweichende Entwicklungen der Geburten- und Sterberaten (besonders Frankreich) – lassen sich weniger finden als Gemeinsamkeiten. Im Einzelfall kommen in den verschiedenen Ländern Besonderheiten zum Tragen, dennoch wird die Situation vieler europäischer Länder immer ähnlicher. Die Gleichförmigkeit tritt erst richtig zutage, wenn man sie aus der Sicht afrikanischer oder der meisten asiatischen Länder betrachtet. Die zunehmende Einbindung in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum hat ihren Teil dazu beigetragen. Die gegenseitige Abhängigkeit und die Beteiligung an der gleichen wirtschaftlichen Konjunktur ebnen viele Unterschiede ein und lassen nur noch begrenzt Raum für abweichende Prozesse. So wird auch verständlicher, warum z. B. die „Abwehrmaßnahmen“ gegen den Zuzug von Arbeitsmigranten zu Beginn der 1970er Jahre und die Asylrechtsänderungen der letzten Jahre in den nordwesteuropäischen Staaten so ähnlich waren oder weshalb heute die deutsche Bundesregierung nach einem europaweit abgestimmten Vorgehen gegen die hohe Zahl von Asylsuchenden ruft. Betrachtet man abschließend den gesamten Zeitraum seit 1800, lassen sich einige allgemeine Phänomene feststellen:

- Fast immer hat es in einer Region gleichzeitig Aus- und Einwanderung gegeben.
- Soweit aus den statistischen Daten erkennbar, hat die Außenwanderung zugenommen. Zu berücksichtigen ist aber die mangelhafte Aufzeichnung dieser Bewegungen in früheren Zeiten und die enorme Zunahme der Bevölkerungszahl in den beiden letzten Jahrhunderten.
- Die in dieser Zeit entstandenen staatlichen Grenzen eignen sich immer weniger zur Abgrenzung von Lebens- und Wirtschaftsräumen. Deshalb greift die Kategorie Aus- bzw. Einwanderung im Sinne von endgültiger Aufgabe der einen Staatsangehörigkeit und Annahme einer anderen nicht – es gibt vielmehr einen fließenden Übergang zwischen Außen- und Binnenwanderung.
- Für die Binnenwanderung gelten die gleichen Bemerkungen. Sie war und ist innerhalb der Regionen immer sehr differenziert gewesen. Ländlich strukturierte Räume waren im Regelfall Abwanderungsregionen, während wirtschaftlich prosperierende Räume – in der Regel städtische Bereiche – Zuwanderungsregionen wurden. Daß neben sich entwickelnden Stadtregionen auch solche mit rückläufigen oder stagnierenden Tendenzen zu beobachten sind, ist keine Erfindung der letzten Jahrzehnte, das gab es zu allen Zeiten.

Migration und Politik

Migration ist von politischer Seite schwer zu beeinflussen: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schreibt z. B. vor, daß eine Angleichung der Lebensbedingungen in allen Regionen des Landes zu verfolgen ist. Die Versuche, im Rahmen von Regionalplanung Wanderungen entgegen wirtschaftlicher Entwicklungen

zu steuern, haben an den Beispielen Zonenrand- und Berlinförderung in der Vergangenheit gezeigt, welche enormen Anstrengungen – auch finanzieller Art – erforderlich sind, um selbst geringste Erfolge zu erzielen. Internationale Wanderungen sind genauso schwer zu beeinflussen: Die Veränderung von Gesetzen (etwa zum Asylrecht) bewirkt allein wenig: Die Verhinderung von kriegerischen Auseinandersetzungen gehört bis heute zu den ungelösten Problemen internationaler Politik: Kriegsflüchtlinge und Vertriebene hat es immer gegeben und wird es auch in Zukunft geben. Die derzeit oft wiederholte Feststellung, die Änderungen des Asylrechts 1993 hätten zu einer drastischen Reduzierung der Zahl der Asylanträge geführt, unterschlägt außerdem, daß immer noch viel mehr Menschen einen solchen Antrag stellen als z. B. in den 1970er Jahren.

Die Forderungen nach Entwicklungsunterstützung in den Regionen, aus denen die Menschen abwandern, stehen bislang nur auf dem Papier. Die ökologischen Katastrophen, die u. a. Auswirkungen der westlichen Entwicklungsmuster sind, zeigen sich erst in den Anfängen: Umweltflüchtlinge werden einen wachsenden Anteil an der Weltmigration haben.

Zwei Jahrhunderte Migrationsgeschichte – die auch zwei Jahrhunderte Sozialgeschichte sind – zeigen, daß viele Einflüsse auf das Wanderungsgeschehen fort dauern. Es wird weiterhin Migration geben; es gibt keinen Grund für die Annahme, die Migrationszahlen würden stark zurückgehen; die Bundesrepublik Deutschland war bisher als Industrieland eine Region mit starker Wanderungsverflechtung und hat davon profitiert – das wird sie nicht aufgeben.

Durch das Heraufbeschwören einer Krise lenken die Vertreter der politischen Parteien nicht nur von den eigentlichen Problemen ab, sie schüren auch Ängste und wecken Emotionen, die sich ihrer Kontrolle entziehen. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt: Schlagworte wurden Wirklichkeit. Die aus einer Zukunftsangst erwachsenden Emotionen werden von Politikern benutzt, um sich als Retter aus einer vermeintlich bedrohlichen Situation anzubieten (und den anderen vermeintlich nicht das Feld zu überlassen). Es werden falsche Lösungen in Aussicht gestellt. Die Politiker werden nicht in der Lage sein, das zu halten, was sie versprechen – und drehen damit ein weiteres Mal die Schraube von Unglaubwürdigkeit und Verdrossenheit.

Migration ist keine neuartige Naturkatastrophe, sondern eine alte und weit verbreitete Erscheinung, mit der wir ganz gut gelebt haben und weiter leben werden. Demographische und ökonomische Gründe erfordern sogar eine weitere Zuwanderung zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation (dazu z. B. Geißler, 1990; Oberndörfer, 1991, 1993).

Gegen eine zu geringe Zahl an Wohnungen hilft nur eine entsprechende Wohnungsbaupolitik; fehlende Arbeitsplätze können nur mit der entsprechenden Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik geschaffen werden; Schwierigkeiten bei Erziehung und Bildung erfordern eine entsprechende Bildungspolitik; Probleme im Bereich

der Migration sind weder durch einen Zuwanderungsstopp noch durch eine völlige Grenzöffnung zu lösen, sie erfordern eine entsprechende Gesellschafts- und Wanderungspolitik. Gefragt ist politisches Handeln.

Für erzieherisches Handeln heißt dies: Migration und Migrationserfahrung sind als Normalität zu begreifen, die für (fast) alle Kinder gilt – nicht nur für die, deren Eltern keinen deutschen Paß besitzen. Erziehen und bilden in einer modernen Gesellschaft – Lernen in Deutschland – bedeutet: von dieser Gesellschaft mit ihrer sozialen, sprachlichen, kulturellen und ethnischen Vielfalt – die auch durch Migration beeinflusst wird – ausgehen und für ein Leben in dieser Gesellschaft, in der existierenden Pluralität, zu erziehen.

Weiterführende Literatur

- Bade, Klaus J.: Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880–1980. Berlin: Colloquium 1983.
- Bade, Klaus J.: Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland: Migration in Geschichte und Gegenwart. München: Beck 1992.
- Enzensberger, Hans Magnus: Die große Wanderung. Dreiunddreißig Markierungen. Mit einer Fußnote „Über einige Besonderheiten bei der Menschenjagd“. Frankfurt/M.: Suhrkamp 4 1992.
- Geißler, Heiner: Zugluft. Politik in stürmischer Zeit. München: 1990.
- Hansen, Georg; Wenning, Norbert: Migration, Migration in Vergangenheit und Zukunft. FernUniversität Hagen (Studienbrief) 1991.
- Heckmann, Friedrich: Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität. Stuttgart: Klett-Cotta 1981.
- Lehmann, Albrecht: Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945–1990. München: Beck 1991.
- Oberndörfer, Dieter: Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas. Freiburg, Basel, Wien: Herder 1991.
- Oberndörfer, Dieter: Der Wahn des Nationalen. Die Alternative der offenen Republik. Freiburg, Basel, Wien: Herder 1993.
- Schneider, Robin: Zum Beispiel Flüchtlinge. Bornheim: Lamuv 1993 (1988).
- Schumacher, Harald: Einwanderungsland BRD. Warum die deutsche Wirtschaft weiter Ausländer braucht. Düsseldorf: Zebulon 2 1993.
- Tichy, Roland: Ausländer rein! Warum es kein „Ausländerproblem“ gibt. München: Piper 1990.
- Wenning, Norbert: Migration und Ethnizität in pädagogischen Theorien. Münster, New York: Waxmann 1993.

Anschrift des Verfassers: Dr. Norbert Wenning, Fernuniversität Hagen, Lehrgebiet Interkulturelle Erziehungswissenschaft und Ausländerpädagogik, Fleyer Str. 204, 58084 Hagen